

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/404 und 16/874)

Fraktion der SPD

Hannover, den 19.02.2009

**Hungerlöhne beseitigen - Billigpflege verhindern: Auch die Pflege braucht einen gesetzlichen Mindestlohn**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/404

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
- Drs. 16/874

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

- I. Der Landtag begrüßt den Beschluss von Bundestag und Bundesrat zur Ausweitung der Schutzregelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes sowie des Gesetzes über Mindestarbeitsbedingungen auf die Branchen Altenpflege, Bergbau, Sicherheitsdienstleistungen, Abfallwirtschaft, Aus- und Weiterbildung sowie Großwäschereien. Damit werden zusätzlich rund 4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Schutzbereich von Mindestlöhnen einbezogen.
- II. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung diesem großen Fortschritt im Kampf gegen ausbeuterische Löhne und Arbeitsbedingungen in der Bundesratssitzung am 13. Februar 2009 ihre Zustimmung verweigert hat.

Uwe Schwarz

Stellv. Fraktionsvorsitzender